

Frieden und Postkonflikt

David Graaff

Das Ende einer Epoche?

Am 25. November 2016 starb der kubanische Revolutionsführer Fidel Castro, nur einen Tag nachdem in Kolumbien das wohl letzte Kapitel der von ihm 1959 mit der Kubanischen Revolution eingeläuteten Epoche zu ihrem Ende gelangte. Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens – Volksarmee (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo*, kurz FARC) und der kolumbianischen Regierung, den beide Seiten als Gäste der kubanischen Regierung in Havanna über vier Jahre hinweg ausgehandelt hatten, beschloss die größte und älteste noch aktive Guerilla Lateinamerikas ihre Demobilisierung. Sie schickt sich nun an, ihren von Castro zumindest teilweise inspirierten Kampf gegen den kolumbianischen Staat und seine Institutionen zu beenden und sich als zivile Organisation in die kolumbianische Demokratie zu integrieren. Die Regierung ihrerseits verpflichtet sich dazu, die militärische Bekämpfung der FARC einzustellen und eben jene multiplen sozialen, wirtschaftlichen, politischen und institutionellen Ursachen zu beheben, welche als ursächlich für den seit mehr als fünf Jahrzehnten andauernden bewaffneten Konflikt mit den FARC betrachtet werden.

Mehrfach hatten beide Seiten in den vergangenen drei Jahrzehnten Versuche unternommen, den Konflikt mittels Verhandlungen zu beenden. Die weitreichendsten Vereinbarungen waren 1984 unter Präsident Belisario Betancur gelungen, mittels derer ein Waffenstillstand, eine Amnestie für die FARC-Kämpfer und die Gründung der Partei Patriotische Union (*Unión Patriótica*, UP) beschlossen worden waren. Die in den Folgejahren einsetzende Tötung von mehr als 3500 Parteimitgliedern (Archila Neira 2003: 122) führte allerdings zur baldigen Aufkündigung des Waffenstillstandes durch die FARC. Weitere Verhandlungen im Nachgang des Verfassungsprozesses 1990/91, in dessen Rahmen sich die nationalistisch-populistische Bewegung 19. April (*Movimiento 19 de abril*, M-19), weite Teile des maoistischen Volksbefreiungsheers (*Ejército Popular de Liberación*, EPL), sowie weitere kleinere Rebellengruppen demobilisiert hatten,

scheiterten bereits in ihrer Frühphase. Neben dem kleineren, von der Kubanischen Revolution und der Befreiungstheologie beeinflussten Nationalen Befreiungsheer (*Ejército de Liberación Nacional*, ELN) waren es insbesondere die FARC unter ihrem legendären Anführer Manuel Marulanda (Kampfname: Tirofijo, dt.: sicherer Schuss), die sich im Laufe der 1990er Jahre Dank des Aufbaus einer stabilen Kriegsökonomie (Valencia 2002: 107) mit zunehmender Bedeutung der Einkünfte aus dem Kokainhandel bzw. dessen Besteuerung zu einer schlagkräftigen Armee entwickelten und ihre Präsenz in zahlreichen Landesteilen und gar bis in die Großstädte hinein ausbauen konnten (Pizarro Leongómez 2011: 229). Die Zahl der Kämpfer verdoppelte sich bis zur Jahrtausendwende auf ca. 16.000 (Pecaut 2008: 106).

Die 1964 als bewaffnete Reserve der Kommunistischen Partei Kolumbiens (*Partido Comunista de Colombia*, PCC) gegründete, organisatorisch und ideologisch marxistisch-leninistische und später unter nationalistischer Bezugnahme auf den Befreier Simón Bolívar bolivarianische Rebellengruppe stand auf dem Höhepunkt ihrer militärischen Macht, als sie 1999 die mit der Regierung von Andrés Pastrana vereinbarten Friedensgespräche begann. Pastrana machte den FARC erhebliche Zugeständnisse für die Aufnahme von Verhandlungen. Rund um die Kleinstadt San Vicente de Caguán wurde eine entmilitarisierte, mehrere Gemeinden umfassende Zone (*zona de distensión*) eingerichtet und unter vollständige Kontrolle der Guerilla gestellt; eine Maßnahme, die von Seiten der Bevölkerung und der Opposition im Laufe der Gespräche harsche Kritik erfuhr und ein Grund für das Scheitern der Gespräche darstellte. Darüber hinaus lagen die wenigen Resultate und das letztliche Scheitern auch darin begründet, dass aufgrund einer nur grob festgelegten Verhandlungsagenda und weitreichender Beteiligungsmechanismen der Bevölkerung im Caguán “über alle menschlichen und göttlichen Themen” (Pizarro Leongómez 2011: 262) diskutiert wurde, was ein thematisches Ausschweifen zur Folge hatte. Beide Seiten verfuhrten zudem nach dem Prinzip *si vis pacem para bellum*, arbeiteten sie ungeachtet der Friedensverhandlungen doch weiter an der Stärkung ihrer militärischen Strukturen. Bereits 1998 hatte die Regierung mit den USA den *Plan Colombia* unterzeichnet, mit dem das Land zum größten Empfänger von US-Militärhilfe in Lateinamerika aufstieg und die eine Stütze der Politik der “Demokratischen Sicherheit” seines Nachfolgers Álvaro Uribe darstellen sollte. Die FARC nutzten die Friedensverhandlungen ihrerseits zu einer weiteren organisatorischen, mi-

litärischen und finanziellen Konsolidierung (Aguilera Peña 2010: 129; Pizarro Leongómez 2011: 282).

Zeitgleich mit den FARC waren ab Mitte der 1990er Jahre auch die paramilitärischen Gruppierungen erstarkt. Finanziert durch lokale Unternehmen mit kämpferischen Gewerkschaften oder Interesse an Landbesitz in rohstoffreichen Regionen sowie Einkünften aus dem Drogenhandel und unterstützt durch Teile des Militärs, dehnten diese ausgehend von der Region Urabá im Nordwesten Kolumbiens ihr Einflussgebiet in zahlreiche Landesteile aus. Diese Gruppierungen, die nicht ausschließlich die Guerilla bekämpften, sondern unter Einsatz extremer Gewaltanwendung gegen die als mögliche Unterstützer der Guerilla eingestufte Zivilbevölkerung sowie linke Politiker und soziale Aktivisten wie Gewerkschaftsmitglieder und Menschenrechtsaktivisten vorgingen, schlossen sich im Jahr 1997 unter dem Dachverband *Autodefensas Unidas de Colombia* (AUC) zusammen. Ihr Vorgehen unterschied sich von jenem der Guerillas dadurch, dass sie "in größerem Ausmaß Massaker, gezielte Tötungen und Verschwindenlassen durchführten und aus der Grausamkeit eine wiederkehrende Praxis mit dem Ziel machten, ihr Einschüchterungspotenzial zu steigern" (GMH 2013: 20). Diese paramilitärische Praxis führte, ebenso wie die Attacken der Guerilla und die nach der Jahrtausendwende intensivierten Militär-offensiven, zur massiven Vertreibung der Zivilbevölkerung aus umkämpften peripheren Regionen. Im Zeitraum 1997 bis 2013 wurden jährlich mehr als 200.000 Menschen durch den bewaffneten Konflikt vertrieben (Unidad Nacional de Víctimas 2015). Bis heute zählt Kolumbien laut UN-Angaben mit mehr als sechs Millionen Vertriebenen weltweit zu einem der Länder mit den meisten Binnenflüchtlingen (IDMC 2015). In der Rückschau stellt sich das paramilitärische Projekt der AUC jedoch weniger als unabhängige, primär antikommunistisch motivierte Bewegung dar, deren Einfluss und Relevanz im Zeitraum 1997 bis zu ihrer Demobilisierung 2005 primär auf die Stärke der Guerillas und die Schwäche des kolumbianischen Staates zurückzuführen ist; vielmehr – das haben die zahlreichen, bis heute andauernden juristischen Aufarbeitungen und Aussagen ehemaliger Paramilitärs in den vergangenen Jahren bestätigt – verfügten die AUC auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene über Unterstützernetzwerke in der Politik (Skandal der sog. *Parapolítica*) und arbeiteten in zahlreichen Fällen sehr eng mit den staatlichen Sicherheitskräften aus Polizei und Militär zusammen (dazu besonders Zelik 2009).

Krieg und Frieden – Von Caguán nach Havanna

Die Dynamik des bewaffneten Konfliktes änderte sich, als Álvaro Uribe zum Jahresbeginn 2003 das Präsidentenamt übernahm. Der aufgrund seiner schneidenden Rhetorik oft als Rechtspopulist bezeichnete, ursprünglich aus der Liberalen Partei stammende Politiker hatte die Wahl vor allem mit dem Versprechen gewonnen, „mit harter Hand und weichem Herz“ zu regieren und die FARC nach dem Scheitern der Friedensverhandlungen von Caguán zumindest soweit militärisch zu schwächen, dass sie zu den Bedingungen der Regierung die Niederlegung ihrer Waffen verhandeln müsse. Seine Politik der Demokratischen Sicherheit hatte zum Ziel, das staatliche Gewaltmonopol in allen Landesteilen gegen die nun im Nachgang des 11. Septembers als „Terroristen“ bezeichneten Guerillas und Paramilitärs autoritär durchzusetzen. Die Stärkung der repressiven Funktionen des kolumbianischen Staats stand im Vordergrund. Ein Prozess, der als Versuch „nachholender Staatsbildung“ beschrieben worden ist (Kurtenbach 2010).

Mit finanziellen Mitteln aus dem *Plan Colombia* und dem eigenen, durch eine Sondersteuer angehobenen Verteidigungshaushalt wurden die Sicherheitskräfte grundlegend reformiert. Polizei und Militär erfuhr personelle und materielle Aufrüstung, der Dienst wurde weiter professionalisiert und zahlreiche organisatorische Reformen durchgeführt (Schultze-Kraft 2012: 408-415). Bis heute umfassen die Sicherheitskräfte Kolumbiens rund eine halbe Million Polizisten und Soldaten. Mit der Amtsübernahme Uribes begann eine Phase militärischer Offensiven gegen die Guerillas, in deren Verlauf die FARC nicht nur in ihr Kerngebiet im Süden des Landes und in periphere Regionen besonders in den Grenzgebieten zu Venezuela und Ecuador zurückgedrängt, sondern auch personell geschwächt wurden. Die gezielte Tötung Kommandierender einzelner Einheiten (sog. *bloques* oder *frentes*) bis hin zu Mitgliedern der obersten Führungsebene (dem sogenannten Sekretariat) war ab dem Jahr 2007 zentraler Bestandteil der Bekämpfungsstrategie des Militärs.¹ Bei allen militärischen und teils auch rechtsstaatlichen Erfolgen der Regierung Uribe, die sich in Zustimmungsraten bis zu 85 % äußerten (*El Colombia-*

1 Durch Militärschläge getötet wurden die Sekretariatsmitglieder Raúl Reyes (2008), Jorge Briceño (2010) und Alfonso Cano (2012). Iván Ríos wurde 2008 von seinem Leibwächter ermordet. Manuel Marulanda starb 2008 eines natürlichen Todes.

no, 5.8.2010) und zu einem verbesserten Investitionsklima und konstantem Wirtschaftswachstum Kolumbiens beitragen, waren die Uribe-Jahre auch von zahlreichen demokratischen und rechtsstaatlichen Defiziten und Skandalen geprägt. Im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt stellen insbesondere die ca. 3000 Fälle der “falschen Erfolge” (*falsos positivos*) eine massive Verletzung der Menschenrechte durch staatliche Akteure dar. Dabei handelte es sich um eine von etwa der Jahrtausendwende an bis mindestens 2008 innerhalb des Militärs verbreitete Praxis, am Konflikt unbeteiligte Zivilisten zu töten und diese als im Kampf gefallene Guerilleros oder Mitglieder krimineller Banden oder paramilitärischer Gruppen zu registrieren. Die Soldaten wurden dafür mit Beförderungen, Sonderurlaub und Auszeichnungen belohnt. Menschenrechtsorganisationen weisen darauf hin, dass ranghohe Generäle von dieser Praxis möglicherweise Kenntnis besaßen oder diese gar gefördert haben (HRW 2015: 6, 26).

2003, wenige Monate nach dem Amtsantritt von Álvaro Uribe, nahm die Regierung zudem Verhandlungen mit den AUC über deren Demobilisierung auf, die bis 2006 zur Waffenniederlegung von mehr als 30.000 Kämpfern führten. Mit dem 2005 verabschiedeten Gesetz *Justicia y Paz* (Gesetz 975) wurde dann die rechtliche Ahndung und juristische Aufarbeitung der von den Paramilitärs begangenen Verbrechen geregelt. Es sah vor, dass führende Kommandanten eine reduzierte Gefängnisstrafe von maximal acht Jahren erhalten sollten, wenn sie im Gegenzug ihre Verbrechen gestanden, damit zu deren Aufklärung beitragen und die dadurch erhaltenen Güter zurückgäben. Das Gesetz führte dazu, dass dank teils sehr ausführlicher Aussagen von Paramilitärs Taten aufgeklärt wurden und Angehörige Klarheit über das Schicksal der Opfer erhielten bzw. deren sterbliche Überreste ausfindig gemacht werden konnten. Dennoch wurde das Gesetz *Justicia y Paz* von Juristen, Opferverbänden und Menschenrechtsorganisationen massiv kritisiert. Es sei “erfolglos dabei gewesen, das Recht der Opfer auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Reparation zu respektieren”, urteilte Amnesty International (2015a). Zehn Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes waren lediglich 63 Paramilitärs verurteilt worden (Amnesty International 2015a). Aus der mittleren Ebene der AUC sind zudem neue paramilitärische Gruppen wie der Golf-Clan (*Clan del Golfo*, auch *Clan Úsuga*) und die Gaitanistischen Selbstverteidigungsgruppen (*Autodefensas Gaitanistas de Colombia*, AGC) hervorgegangen, welche “nicht nur enge Verbindungen zur organisierten Kriminalität und transnationalen kriminellen Netzwerken außerhalb Kolumbiens [unterhalten], sie pflegen vie-

lerorts auch immer noch unbehelligt geheime Kooperationen mit Behördenmitarbeitern, vor allem auf lokaler Ebene. Diese werden kaum oder nur unzureichend durch die zuständigen staatlichen Stellen unterbunden” (Amnesty International 2015b: 23).

Die Friedensverhandlungen von Havanna

Weltweites Aufsehen erlangten die 2012 begonnenen Friedensverhandlungen nach ihrem eigentlichen Abschluss, als die kolumbianische Bevölkerung in einer Volksabstimmung Anfang Oktober 2016 die von der FARC-Guerilla und der Regierung von Präsident Juan Manuel Santos ausgehandelten Vereinbarungen überraschend ablehnte. Durch das “Nein” einer knappen Mehrheit der Wähler sahen sich die Verhandlungsparteien gezwungen, die von den Gegnern des Abkommens, zu denen neben dem populären Ex-Präsidenten Álvaro Uribe und seiner Partei Demokratisches Zentrum einige Opferverbände, konservative Katholiken, evangelikale Freikirchen, Teile der Konservativen Partei und Ex-Präsident Andrés Pastrana zählten, zu berücksichtigen und das ursprüngliche, in einer feierlichen Zeremonie bereits unterzeichnete Abkommen noch einmal nachzuverhandeln. Dieses wurde schließlich nach sechswöchigen Gesprächen in teils substanziellen Punkten erneuert. Dazu zählten neben sprachlichen Präzisierungen insbesondere Aspekte der Sondergerichtsbarkeit, die genaue Festlegung der Freiheitsstrafen sowie die Entscheidung, dass die Friedensvereinbarung nicht *en bloque* Verfassungsrang erhält.² Nach der abermaligen Unterzeichnung wurde die Vereinbarung dann nicht mittels eines weiteren Plebiszits, sondern mit einer Abstimmung im von den Regierungsparteien dominierten Kongress ratifiziert.

Begonnen hatten die Friedensverhandlungen im November 2012 in der kubanischen Hauptstadt Havanna. Die Castro-Regierung fungierte dabei ebenso wie Norwegen als völkerrechtlicher Garant der Gespräche, die Regierungen Venezuelas und Chiles agierten als Beobachter. Vorausgegangen waren sechsmonatige Sondierungsgespräche, in denen sich beide Seiten auf eine sechs Punkte umfassende Verhandlungsagenda geeinigt hatten. Ziel der Verhandlungen war es, den bewaffneten Konflikt nach mehr als 50 Jahren zu beenden und zu einem “stabilen und dauerhaften

2 <<http://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-37965382>> (7.12.2016).

Frieden” (Gobierno de Colombia y FARC-EP 2012) zu gelangen. Beide Konfliktparteien schienen zu der Erkenntnis gelangt zu sein, dass militärische Gewalt nicht das adäquate Mittel darstellte, um ihre Ziele zu erreichen. Die Einsicht, die FARC kurzfristig nur schwerlich militärisch besiegen zu können, dürfte für die Regierungsseite vor dem Hintergrund der enormen gesellschaftlichen und finanziellen Kosten des Krieges und den auch wirtschaftlichen Vorteilen eines geographisch größtenteils befriedeten Landes für die Verhandlungslösung gesprochen haben. Die Bemühungen um das Ende des bewaffneten Konflikts können daher als Interesse eines Teils der kolumbianischen Eliten interpretiert werden, der historisch prekären Demokratie und Staatlichkeit des Landes entgegenzuwirken und es politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich zu modernisieren. Für die Guerilla wiederum schien eine Umsetzung ihrer politischen Agenda nicht mittels Waffengewalt, sondern ausschließlich über den legalen, institutionellen Weg erreichbar. Die gewaltsame Machtergreifung und die Einrichtung eines in den vergangenen Jahren ohnehin nur oberflächlich definierten “Sozialismus” schien nicht nur unrealistisch, sondern auch im lateinamerikanischen Kontext der an die Macht gelangenden Linksregierungen nicht mehr zeitgemäß.

Die sechs Punkte der in der “Generalvereinbarung zur Beendigung des Konfliktes und den Aufbau eines stabilen und dauerhaften Friedens” (Gobierno de Colombia y FARC-EP 2012) festgelegten Verhandlungsagenda lauteten: 1. Politik der einheitlichen landwirtschaftlichen Entwicklung, 2. Politische Teilhabe, 3. Ende des Konflikts, 4. Lösung des Problems der illegalen Drogen; 5. Opfer (und Übergangsgerechtigkeit); 6. Implementierung, Verifizierung und Zustimmung. Qualitativ lassen sich die Punkte der Verhandlungsagenda in zwei Gruppen einteilen: Einerseits enthielt die Agenda solche, die notwendigerweise Teil einer Vereinbarung über das Ende eines bewaffneten Konflikts mit einer Rebellengruppe werden müssen (Gruppe 1). Dazu gehören die Opferentschädigung und die Frage der Übergangsgerechtigkeit (Punkt 5) und die prozeduralen Themen der Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration der Kämpfer sowie die Umsetzung des Vereinbarten (Punkte 3 und 6). Andererseits benannten die Verhandlungsparteien mit der Aufstellung der Verhandlungsagenda jene Faktoren, die sie als ursächlich und substanziell für den bewaffneten Konflikt im Land erachteten (Gruppe 2): Eine mangelnde landwirtschaftliche Entwicklung und die daraus resultierenden prekären Lebensverhältnisse der Bevölkerung (Punkt 1), das Problem des Drogenhandels als Konse-

quenz, aber auch Ursache des Konflikts (Punkt 4) sowie Defizite der kolumbianischen Demokratie (Punkt 2). Entsprechend sind die in diesen Bereichen getroffenen Vereinbarungen als politische bzw. systemisch-institutionelle Maßnahmen zu verstehen, deren Umsetzung zur Überwindung der Ursachen des Konflikts führen soll. Implizit erkannte die Regierung Santos damit zugleich an, dass der Kampf der Guerilla nicht als entpoliti-sierte, terroristische Gewalt zu verstehen ist, die vornehmlich der finanziellen und materiellen Bereicherung der FARC-Mitglieder diene, wie es das unter Uribe geprägte Verständnis als “Narco-Terroristen” suggeriert hatte (Fischer 2013: 60), sondern dass dem bewaffneten Konflikt multiple Ursachen zu Grunde liegen und die Existenz und Persistenz der FARC als bewaffnete Organisation aus eben diesen zumindest teilweise erwächst.

Über die als für den Konflikt ursächlich erachteten Missstände erzielten die Verhandlungsdelegationen innerhalb der ersten 18 Monate Übereinkunft.³ Im Hinblick auf das historische Kernthema der FARC, die soziale Ungleichheit und die Marginalisierung von Kleinbauern im ländlichen Kolumbien, wurde bereits nach wenigen Monaten eine “ganzheitliche Landreform” vereinbart. Die Beschlüsse sehen unter anderem vor, dass unproduktive Ländereien effizienter genutzt, Landbesitztitel formalisiert und Kleinbauern durch Zugang zum Gesundheitssystem und zu Mikrokrediten bessergestellt und ihre Genossenschaften subventioniert werden. Ziel dieser Maßnahmen ist es, die kleinbäuerliche Lebensweise und deren Wirtschaft zu stärken, das historische Defizit in der enorm ungleichen Landverteilung und der ineffizienten Nutzung auszugleichen. Hierbei ist eine Abkehr der FARC von radikalen Forderungen zu beobachten. In der Vereinbarung zur Agrarpolitik werden weder die Beschränkung des Großgrundbesitzes noch Investitionen in Landbesitz durch ausländisches Kapital festgelegt.

Mit der Vereinbarung zum Drogenhandel verpflichteten sich die FARC, sich von eben diesem als Finanzquelle loszusagen. Ein Substitutionsprogramm soll den Kokabauern den Ausstieg aus dem Anbau erleichtern. Angesichts der Verwicklung zahlreicher FARC-Einheiten in Geschäfte der illegalen Ökonomie – neben dem Drogenhandel vor allem der illegale Bergbau – und den daraus erzielten hohen Gewinnmargen (Schät-

3 Der Gesamttext der überarbeiteten und am 24. November 2016 unterzeichneten “Finalen Vereinbarung für die Beendigung des bewaffneten Konflikts und den Aufbau eines stabilen und dauerhaften Friedens” ist auf der Webseite der Friedensverhandlungen <www.mesadeconversaciones.com.co> (7.12.2016) abrufbar.

zungen rangieren von 200 Millionen US-Dollar bis zu 3,5 Milliarden US-Dollar jährlich, siehe Otis 2014) könnte es, wie bereits im Rahmen der AUC-Demobilisierung geschehen, zur Weigerung von einzelnen Rebelleinheiten und Personen auf der mittleren Führungsebene kommen, sich dem Friedensabkommen zu unterwerfen und das lukrative Geschäft aufzugeben.⁴ Im Allgemeinen stellen diese Umstände eine der größten Herausforderungen in der Post-Konflikt-Phase mit hohen Anforderungen an die staatlichen Sicherheitskräfte dar (Ávila Martínez/Castro León 2015: 5). Mit der Einigung zur politischen Teilhabe wiederum sollen die historischen Defizite der kolumbianischen Demokratie behoben werden. Sie sieht eine stärkere Beteiligung der Gesellschaft an politischen Prozessen vor. Die Gründung von Parteien soll vereinfacht und die Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungsprozessen ausgebaut werden. Zudem sollen soziale Akteure einen besseren Zugang zu den Medien erhalten und zusätzliche Sitze im Repräsentantenhaus für Abgeordnete aus peripheren *departamentos* geschaffen werden, in denen die FARC besonders stark präsent sind. Ein Oppositionsstatut soll die gewaltsame Verfolgung oppositioneller Parteien und sozialer Bewegungen verhindern; eine Einigung, der insbesondere die Erfahrung der FARC mit der aus den Verhandlungen mit der Regierung Betancur in den 1980er Jahren hervorgegangenen *Unión Patriótica* zu Grunde liegt. Die Vereinbarungen in Gruppe 2 stellen bis zu ihrer mehrere Jahre erfordernden Implementierung in der Post-Konflikt-Phase lediglich unverbindliche Absichtserklärungen dar, deren nachhaltige Effizienz sich erst langfristig im politischen und institutionell-administrativen Tagesgeschäft erweisen muss. Insgesamt zeigt sich, dass die beschlossenen Maßnahmen weder die marktwirtschaftliche Gesellschaftsordnung noch die Grundfesten der kolumbianischen Demokratie in Frage stellen.⁵ Eine von der ELN-Guerilla und ihr nahestehenden sozialen Organisationen vorgebrachte Kritik an den Friedensverhandlungen von Havanna richtet sich gegen dessen limitierte gesellschaftliche Reichweite. Aus Sicht der ELN ist die in den vergangenen Jahren zunehmende gesamtwirtschaftliche Bedeutung der exportorientierten Ausbeutung von Primärressourcen (Erdöl, Edelmetalle, Kohle, etc.) Grund für die sozialen Probleme des Landes (ELN 2016). Präsident Santos hat jedoch mehrfach betont, dass das

4 So geschehen bislang – Stand Mai 2017 – vor allem im Falle der “1. Front”, die mit rund 100 Kämpfern im Departament Guaviare operiert.

5 Vgl. dazu die Einschätzung des Historikers Marco Palacios (*Semana*, 29.10.2016).

politische und wirtschaftliche Modell nicht Gegenstand von Verhandlungen sein kann (Notimex, 30.3.2016). Ein Grundsatz, der auch für die Anfang 2017 in Ecuador begonnenen Friedensverhandlungen mit der ELN gilt und eine der größten Hürden für ein Ende des bewaffneten Kampfes dieser rund 2.500 Kämpfer umfassenden Guerilla.

Als neuralgischer Punkt der Verhandlungen von Havanna erwies sich der Themenbereich Opfer und Übergangsjustiz. In diesem einigten sich beide Seiten schließlich auf eine "Sonderjustiz für den Frieden", die eine Amnestie für politische Verbrechen vorsieht, Straffreiheit für Kriegsverbrechen und schwere Menschenrechtsverbrechen aber ausschließt. Diese Taten sollen vor einem Sondertribunal verhandelt und, die Beteiligung der Angeklagten zur Aufklärung und Eingeständnis ihrer Schuld vorausgesetzt, mit gemeinnütziger Arbeit und Freiheitsentzug, allerdings nicht mit gewöhnlichen Gefängnisstrafen, von höchstens acht Jahren geahndet werden. Wer nicht kooperiert, wird einer regulären Strafuntersuchung unterzogen und kann mit bis zu 20 Jahren Haft bestraft werden. Die Herausforderungen der Übergangsjustiz bewegten sich im Spannungsfeld zwischen Aufarbeitung, juristischer Ahndung und Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die Opfer einerseits und der Notwendigkeit einer teilweisen Amnestie für begangene Verbrechen andererseits. Angesichts der Bedeutung der internationalen Strafjustiz müssen die Regelungen entsprechenden Rechtsstandards genügen. Verbrechen müssen zwecks gesellschaftlicher Versöhnung und Nachhaltigkeit des Friedens aufgeklärt und geahndet werden, zugleich muss aber auch die gesellschaftliche und politische Teilhabe der am Konflikt beteiligten Akteure, insbesondere der Mitglieder der Rebellenarmee, ermöglicht werden. Entsprechend komplex gestalteten sich die Verhandlungen zu diesem Teil der Friedensvereinbarung und entsprechend kontrovers wurde diese insbesondere im Rahmen der Volksabstimmung und den Nachverhandlungen diskutiert. Insbesondere die Tatsache, dass die Führungsriege der Guerilla nicht mit Gefängnis für ihre Taten bestraft werden soll und ihnen die politische Teilhabe beispielsweise als Kongressabgeordnete ermöglicht wird, stieß bei der Opposition, insbesondere bei Ex-Präsident Uribe und seiner Partei, auf harsche Kritik. Dieser trugen beide Seiten bei den Nachverhandlungen Rechnung, indem sie die Regelung zum Freiheitsentzug genauer festlegten. An den Grundsätzen der Sonderjustiz, insbesondere der Wählbarkeit und den Alternativstrafen, wurden allerdings entgegen der Forderungen des Nein-Lagers keine Veränderungen vorgenommen. Diese Grundsätze stellen das

Rückgrat der Vereinbarungen dar, da sie es der Guerilla ermöglichen, den Kampf für ihre politischen Ziele ohne Waffengewalt fortzusetzen. Wie bedeutend die Einigung zur Übergangsgerechtigkeit für den letztlich erfolgreichen Abschluss der Friedensgespräche war, verdeutlicht die Tatsache, dass es angesichts deren Verkündung im September 2015 erstmals zu einer persönlichen Begegnung und einem symbolträchtigen Händedruck zwischen Präsident Santos und dem Oberkommandierenden der FARC, Rodrigo Londoño (Kampfname: Timoleón Jiménez), kam.

Stärken und Schwächen der Friedensverhandlungen von Havanna

Der Friedensprozess zeichnete sich methodisch dadurch aus, dass er einer mehr oder minder klar festgelegten, von beiden Verhandlungsparteien als verbindlich anerkannten *road map* (*hoja de ruta*) folgte. Dieser Fahrplan umfasste in der Phase der Annäherung (Phase I) die Festlegung auf eine auf sechs Punkte limitierte Verhandlungsagenda. Nach der vollständigen Übereinkunft in allen Punkten der Agenda in nicht öffentlichen Verhandlungen (Phase II) sollte dann in einer dritten Phase die Implementierung der von beiden Seiten unterzeichneten Vereinbarungen erfolgen.⁶ In vielerlei Hinsicht waren die Gespräche damit ein Gegenentwurf zu den gescheiterten Verhandlungen von Caguán und eine Antwort auf deren Fehler. Die Begrenzung auf sechs Verhandlungsthemen, die eingeschränkte Beteiligung der Bevölkerung und die Festlegung auf einen Verhandlungsort außerhalb des Landes sollten ein thematisches Ausufern verhindern und zugleich garantieren, dass die Verhandlungen über einen längeren Zeitraum hinweg vom politischen Tagesgeschäft weitgehend ungestört stattfinden konnten, insbesondere im Jahr der Kongress- und Präsidentschaftswahlen 2014. Regelmäßig empfingen die Verhandlungsdelegationen Vertreter sozialer Organisationen und Opferverbände und auf landesweit durchgeführten Foren zu den einzelnen Themen der Verhandlungsagenda (Agrarpolitik, Drogenhandel, Opfer und politische Teilhabe; ausgenommen waren lediglich die eher prozeduralen Punkte 5 und 6, das Ende des Konflikts bzw. die Umsetzung des Vereinbarten) wurden von den Teilnehmenden Vorschläge und Anregungen erarbeitet, die den Verhandlungsdelegationen überreicht und von Nutzen für die Verhandlungen

6 Zur empirischen Betrachtung von Friedensverhandlungen mit Rebellengruppen siehe Fisas 2010.

selbst sein sollten. Darüber hinaus bestand die Möglichkeit, über die Webseite der Verhandlungen⁷ Vorschläge an die Delegationen zu übersenden. Dieser relative Hermetismus ermöglichte auch den für das Vorankommen der Gespräche wichtigen Aufbau von Vertrauensverhältnissen zwischen den Verhandlungsteilnehmern. Vorab festgelegte, sehr streng eingehaltene Protokolle und die paritätische Verteilung von im Rahmen der Verhandlungen zu besetzenden Vakanzen⁸ sollten zudem ein, wenn auch nur personelles, Ungleichgewicht vermeiden.

Präsident Santos ging lange Zeit nicht auf Forderungen der Guerilla ein, die Kampfhandlungen während der Friedensverhandlungen einzustellen. Den Eindruck, die Regierung ermögliche der FARC wie noch im Caguán durch die Gespräche eine militärische Konsolidierung, wollte er unter allen Umständen vermeiden. Des Weiteren dürfte von Relevanz gewesen sein, dass Teile des Militärs, für das die Bekämpfung des „inneren Feindes“ zum historischen Selbstverständnis zählt, einen jahrelangen Waffenstillstand bei unklarem Ausgang der Verhandlungen nur schwerlich mitgetragen hätten. Der Bedeutung der Unterstützung des Militärs im Rahmen des Friedensprozesses versuchte Santos zudem dadurch Rechnung zu tragen, dass er einen Vertreter der Streitkräfte von Beginn an in die Verhandlungsdelegation berief. Erst in der Endphase der Gespräche verkündete der Präsident einen Waffenstillstand. Bereits zuvor erreichte der bewaffnete Konflikt allerdings die geringste Intensität seit Konfliktbeginn (CERAC 2016). Dies lag darin begründet, dass sich beide Seiten im Juli 2015 auf eine Deeskalation einigten. In den Monaten zuvor waren die Kämpfe aufgeflammt und hatten das Gesprächsklima in Havanna schwer belastet.

Gleichwohl wirkten sich die schlechten Erfahrungen mit den Verhandlungen von Caguán negativ auf die öffentliche Wahrnehmung der von Santos initiierten Friedensverhandlungen aus und trugen dazu bei, dass bei der Volksabstimmung über die Friedensvereinbarungen eine knappe Mehrheit der Wähler mit „Nein“ stimmte und lediglich etwas mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten.⁹ Die Gespräche in Havanna waren von Beginn an auf große Skepsis in der

7 <www.mesadeconversaciones.com.co> (7.12.2016).

8 Beispielsweise die Zahl der Delegationsmitglieder, die Garanten und Begleiter, die eingesetzte Historikerkommission, etc.

9 50,2% der Wähler stimmten mit „Nein“, 49,8% mit „Ja“. Die Differenz betrug damit rund 54 000 Stimmen (Registraduria 2016).

kolumbianischen Bevölkerung gestoßen. Das Verständnis für den bewaffneten Kampf der Guerilla ist bis heute, auch befördert durch den Diskurs der Uribe-Jahre, gering ausgeprägt. Zugeständnisse gegenüber den FARC insbesondere in den Bereichen Justiz und politische Beteiligung stießen bei der Bevölkerung auf wenig Zustimmung. Auch wenn die FARC sich bemühten, ihr Image mittels einer aufwändigen Medienarbeit zu verbessern, gelang es ihnen nicht, die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen. Wenngleich die FARC weit davon entfernt sind, großen Rückhalt in der Bevölkerung zu genießen oder gar als deren Interessenvertreter anerkannt zu werden, so wurde der Friedensprozess von der Guerilla doch als Chance für “das kolumbianische Volk” bezeichnet, seit langem notwendige, historisch aufgeschobene oder verhinderte politische und wirtschaftliche Reformen und gesellschaftliche Veränderungen ‘via Havanna’ zu erreichen. Entsprechend lautete das Motto, unter welches die FARC die Friedensverhandlungen stellten: “pueblo colombiano, pa’ la mesa” (Kolumbianisches Volk, an den Verhandlungstisch).

Auch Präsident Santos verstand es nicht, der Skepsis der Bevölkerung erfolgreich entgegenzuwirken, die durch den relativen Hermetismus der Gespräche bestärkt wurde und den Eindruck der “Hinterzimmerpolitik” beförderte. Bemühungen der Regierung, durch die Veröffentlichung der Teilergebnisse der Verhandlungen und mit einer eigenen, didaktisch gestalteten Webseite, auf der missverstandene Aspekte der Vereinbarungen mittels Animationen, Videos, Grafiken und Texten erklärt wurden, entgegenzuwirken, müssen in Retrospektive als nur wenig erfolgreich bewertet werden. Hinzu kam, dass Santos zwar mit der Verhandlungslösung des bewaffneten Konflikts ein historisches Problem Kolumbiens lösen wollte, in anderen Bereichen der Sozial- und Wirtschaftspolitik aber weniger erfolgreich agierte und zudem aufgrund des Verfalls des Erdölpreises seit Mitte des Jahres 2014 Einschnitte im Staatshaushalt vornehmen musste. Eine notwendig gewordene Steuerreform, wie sie die *Organisation for Economic Co-operation and Development* (OECD) forderte, der Kolumbien beitreten möchte, hielt Santos bis nach der Volksabstimmung zurück, was das Nein-Lager im Wahlkampf zu nutzen verstand.

Die geringe Reputation der FARC, der unpopuläre, wenig charismatische Präsident und seine Politik, die Abschwächung des Wirtschaftswachstums und die zur Abschottung neigende Verhandlungsweise, all dies waren Faktoren, welche die Skepsis, Verdrossenheit und die daraus resultierende geringe Beteiligung an der Volksabstimmung über das Verhandlungser-

gebnis von Havanna zumindest teilweise erklären. Darüber hinaus hielt ein Wirbelsturm am Wahltag viele Menschen in als Hochburgen der Regierung geltenden Regionen vom Urnengang ab und die Wahlbehörde erlaubte nur die Abstimmung am jeweiligen Ausstellungsort des Personalausweises, nicht am Wohnort. Das Nein-Lager thematisierte im Wahlkampf die ohnehin unpopulären Themen wie geringe Strafen für die Guerillamitglieder und die Wählbarkeit in politische Ämter, entwarf aber auch postfaktische, auf die Ängste der Menschen abzielende Szenarien, indem sie die Friedensvereinbarungen als Schritt Kolumbiens zum kriselnden Sozialismus venezolanischer Prägung darstellte. Den Freikirchen gelang es zudem, den Geschlechterschwerpunkt, der Teil der Friedensvereinbarungen geworden war und der die besondere Rolle der Frauen und LGBTI-Personen im Rahmen des bewaffneten Konflikts und der Post-Konflikt-Phase hervorhob, als die Einführung einer nicht näher bestimmten "Geschlechterideologie" darzustellen. Verfassungsrechtlich wäre die Abhaltung einer Volksabstimmung nicht notwendig gewesen und die FARC hatten sich gegen diesen Abstimmungsmechanismus ausgesprochen. Präsident Santos hielt aber am Plebiszit fest.

Über die politische Gemengelage hinaus deutet das Abstimmungsverhalten bei der Volksabstimmung aber auch auf die gesamtgesellschaftlichen, stark differierenden Lebensverhältnisse in Kolumbien hin. Zwei Drittel der Kolumbianer leben heute in den Städten. Paradoxerweise war es aufgrund der demographischen Verteilung die Mehrheit dieser Menschen im urbanen, modernen Kolumbien, die über das Ende eines Konfliktes entschieden, der sich auf ihren Alltag nicht mehr unmittelbar auswirkt. Ihnen gegenüber steht eine Minderheit der Kolumbianer in den ländlichen Regionen, deren Lebensrealität sehr viel stärker durch die Präsenz bewaffneter Gruppen, politische und ökonomische Marginalisierung sowie defizitäre Staatlichkeit geprägt ist. In eben jenen peripheren *departamentos* des Landes votierte eine Mehrheit der Bevölkerung für die Friedensvereinbarungen. Dagegen stimmten die Menschen in den traditionellen Kernregionen des Landes mehrheitlich gegen den Friedensschluss (Registraduria 2016).

“Territorialer Frieden mit sozialer Gerechtigkeit”: Herausforderungen im Post-Konflikt

Der viele Jahrzehnte lange bewaffnete Konflikt zwischen Guerilla und Regierung hat vielfältige gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Ursachen, deren Behebung eine zentrale Herausforderung in der Post-Konflikt-Phase darstellt. In der dritten Phase des Friedensprozesses wird in den sozioökonomisch und kulturell teils sehr unterschiedlichen Regionen des Landes der Aufbau des Friedens mittels Umsetzung jener Maßnahmen begonnen, die den Ursachen des bewaffneten Konfliktes entgegenwirken sollen. Die Regierungsseite hat diesen regional differenzierten Ansatz als “territorialen Frieden” beschrieben, der “als Chance [zu] verstehen [ist], als ein großer Hebel des Wandels, um das zu tun, was wir in 50 Jahren Krieg nicht erreicht haben” (Jaramillo 2014). Es gelte, “die Territorien zu verändern und den sozialen Pakt in den Regionen neu aufzubauen, um zu garantieren, dass es nicht wieder Krieg gibt” (Jaramillo 2014). Dieses Vorhaben, welches in Anlehnung an Kurtenbach (2010) als “nachholende Staatsbildung mit friedlichen Mitteln” beschrieben werden kann, steht jedoch vor großen Herausforderungen. Auf der nationalen Ebene müssen die politischen und strukturellen Maßnahmen (rechtliche Garantien, Agrarreform, Sonderjustiz, Aufklärung mittels einer Wahrheitskommission und gesellschaftliche Versöhnung) auf den Weg gebracht werden. Die Umsetzung trifft dabei auf die Herausforderung besonders regional und lokal schwacher Institutionen, deren Effizienz und Funktionalität aufgrund des jahrzehntelangen Konflikts und illegaler Ökonomien stark eingeschränkt sind (Ávila Martínez/Castro León 2015: 5). Diese institutionelle Schwäche ist auch Ausdruck des traditionell mangelnden Reformwillens verschiedener, regional stark unterschiedlicher Eliten (Fischer 2013: 56). Hinzu kommen die Herausforderungen der Post-Demobilisierungs-Phase: Durch das Niederlegen der Waffen der FARC entstehen insbesondere in Regionen mit relevanter Schattenökonomie Machtvakuen, um deren Ausfüllung sich bereits unmittelbar nach dem Abzug der FARC in die vereinbarten Demobilisierungszonen – dies zeigen die aktuellen Entwicklungen – paramilitärische Gruppen bemühen. Bleibt der in Havanna ausgehandelte Frieden ein “Papierfrieden” (Maihold 2015), der letztlich nicht zur Aufhebung oder Milderung der strukturellen Konfliktgründe bzw. zu einer weniger defizitären Demokratie, einer gerechteren Landverteilung und einer nachhaltigeren und sozial gerechteren wirtschaftlichen Entwicklung führt, dann

ist statt der von Präsident Santos versprochenen “Friedensdividende” (*The Telegraph*, 15.3.2015) ein Fortgang des bewaffneten Konflikts wahrscheinlich; ein Umstand, auf den die FARC hingewiesen haben, wenn sie ihrerseits das Ziel des Friedensprozesses als “Frieden mit sozialer Gerechtigkeit” definieren.

Ein weiterer entscheidender Faktor für den Aufbau des angestrebten “stabilen und dauerhaften Friedens” stellt die Verfügbarkeit der finanziellen Mittel für die Umsetzung der in Havanna getroffenen Vereinbarungen dar. Über die “Friedenskosten” gehen die Schätzungen weit auseinander. Es dürfte allerdings in den Jahren nach der Unterzeichnung eines Friedensvertrages mehrerer Milliarden Euro bedürfen (*Semana*, 8.11.2014). Diese Mittel sollen durch eben jenes erwartete zusätzliche Wirtschaftswachstum von mehreren Prozent des BIP verfügbar werden, sowie durch Umverteilungen im Haushalt (insbesondere der hohe Verteidigungshaushalt könnte langfristig gesenkt werden), Gelder von Drittstaaten und internationalen Organisationen sowie durch die Aufnahme neuer Kredite und möglicherweise zusätzliche Steuern in Form einer “Friedensabgabe” (Cardenas Santamaría 2015). Die USA haben wie die Europäische Union und Deutschland ihre entwicklungspolitischen Programme auf die Post-Konflikt-Phase ausgerichtet und entsprechende Gelder zugesagt.

Schlussbetrachtung

Mit dem Friedensabkommen zwischen der FARC und der Regierung – ein erfolgreicher Abschluss der Friedensgespräche mit der ELN vorausgesetzt – geht eine Epoche zu Ende: Die Zeit des revolutionären bewaffneten Kampfes in Lateinamerika, die einst mit der Kubanischen Revolution begann, ist wohl auch in Kolumbien endgültig vorbei. Doch das mögliche Ende des bewaffneten Kampfes der FARC bedeutet nicht das Ende des bewaffneten Konflikts in Kolumbien. Auch ohne bewaffnete Aufständische wird Gewalt in Kolumbien von verschiedenen Akteuren weiterhin zur Durchsetzung ökonomischer Interessen implementiert. Die hohe Relevanz illegaler Ökonomien, schwache Institutionen, reformunwillige, vor Allianzen mit neoparamilitärischen Gruppen nicht zurückschreckende Eliten insbesondere im ländlichen Kolumbien und nicht zuletzt die enorme soziale Ungleichheit in und zwischen dem modernen, urbanen und dem ärmeren, ländlichen Kolumbien sind dabei entscheidende Faktoren.

Die Unterzeichnung eines Friedensabkommens zwischen der FARC und der Regierung ist daher eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für den Frieden. Dieser ist vielmehr davon abhängig, ob die Bevölkerung und verschiedene Interessengruppen vom Friedenskurs überzeugt und die in Havanna getroffenen Vereinbarungen in den kommenden Jahren effektiv und nachhaltig umgesetzt werden können.

Der von Präsident Santos angestoßene Prozess, für den dieser mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, bietet die Möglichkeit einer grundlegenden Vertiefung und Modernisierung von Demokratie und Staatlichkeit, die zugleich aber auch mit der Expansion und Intensivierung der exportorientierten, auf die Ausbeutung von Primärressourcen und Produkten der Agrarindustrie setzenden Marktwirtschaft in peripheren Regionen einherzugehen scheint.

Vor diesem Hintergrund sind im Rahmen der Umsetzung der Friedensvereinbarung Dispute zwischen traditionellen lokalen Eliten und dem Zentralstaat ebenso absehbar wie eine Zunahme der bereits zahlreichen, auf eben jenes in Havanna nicht zur Verhandlung stehende Wirtschaftsmodell zurückgehenden sozialen Konflikte. Hier treffen Forderungen jener Akteure und Organisationen, die für eine sozial gerechtere und ökologisch nachhaltige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eintreten, auf Interessen der Politik und Wirtschaft, beispielsweise Agrar- und Bergbauprojekte umzusetzen. Die Herausforderung besteht darin, diese Konflikte nicht mittels (außerstaatlicher) Gewalt, sondern innerhalb der demokratischen Strukturen auszutragen. Doch zeigt die nach wie vor anhaltende und besonders im Jahr des Friedensschlusses 2016 deutlich gestiegene Anzahl von Morden an sozialen und politischen Aktivisten (vgl. Jahresbericht der NGO *Somos Defensores* 2016), dass politisch motivierte Gewalt nach wie vor Alltag in Kolumbien ist. Gelingt es nicht, diese zu überwinden, besteht die Gefahr, dass sich die ohnehin leidvolle Geschichte des Landes als Tragödie wiederholt.

Literaturverzeichnis

- AMNESTY INTERNATIONAL (2015a): “Amnesty International Report 2014/15”. <<https://www.amnesty.org/en/countries/americas/colombia/report-colombia/>> (28.8.2015).
- (2015b): “Ein Landtitel reicht nicht”. <http://www.amnesty-kolumbien.de/Main/Start?action=download&upname=Amnesty%20International%202015%20-%20A%20land%20title%20is%20not%20enough%20-%20AMR%2023-031-2014_GER%20brochure_Web%20small.pdf> (30.8.2015).
- AGUILERA PEÑA, Mario (2010): *Las FARC: La Guerrilla Campesina, 1949-2010. Ideas circulares en un mundo cambiante?* Bogotá: Corporación Nuevo Arco Iris (CNAI).
- ARCHILA NEIRA, Mauricio (2003): *Idas y venidas, vueltas y revueltas. Protestas sociales en Colombia 1958-1990*. Bogotá: Instituto Colombiano de Antropología e Historia (ICANH)/Centro de Investigación y Educación Popular (CINEP).
- ÁVILA MARTÍNEZ, Ariel/CASTRO LEÓN, Diego (2015): “Los retos en convivencia, administración de justicia y seguridad rural en el posconflicto”. FESCOL Analisis, 2. <<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/kolumbien/11353.pdf>> (13.6.2015).
- CARDENAS SANTAMARÍA, Mauricio (2015): “Análisis de los posibles costos del Post-Conflicto”. Conferencia del Ministro de Hacienda y Crédito Público, 8.3.2015. <http://www.conalpe.gov.co/v2/files/eventos/Conferencia_Min hacienda.pdf> (7.12.2016).
- CERAC (Centro de Recursos para el Análisis de Conflictos) (2016): “Monitor de Desescalamiento del Conflicto Armado Interno en Colombia”. Reporte Mensual Número 13. <<http://blog.cerac.org.co/monitor-de-desescalamiento-del-conflicto-armado-interno-en-colombia-6>> (26.10.2016).
- El Colombiano* (5.8.2010): “La de Uribe, una histórica popularidad”. <http://www.elcolombiano.com/la_de_uribe_una_historica_popularidad-HVEC_99428> (28.8.2015).
- ELN (Ejército de Liberación Nacional) (2016): “Editorial”. In: *Revista Insurrección*, 552, S. 5.
- FISAS, Vincenç (2010): “Introducción a los procesos de paz”. In: *Quaderns de Construcció de Pau*, 12, <http://escolapau.uab.cat/img/qcp/introduccion_procesos_paz.pdf> (7.12.2016).
- FISCHER, Thomas (2013): “Die Persistenz der FARC”. In: Graaff, David/Heins, Miriam/Henkel, Cathy/Ludwig, Marie/Schauenberg, Tim/Steger, Rebecca/Thema, Johannes (Hg.): *Kolumbien: Vom Failing State zum Rising Star?* Latif Band VIII. Berlin: WVB, S. 49-70.
- GMH (Grupo de Memoria Histórica) (2013): *Basta ya! Colombia: Memorias de guerra y dignidad*. Bogotá: Imprenta Nacional.
- GOBIERNO DE COLOMBIA Y FARC-EP (2012): “Acuerdo General para la terminación del conflicto y la construcción de una paz estable y duradera”. <<https://www.mesadeconversaciones.com.co/sites/default/files/AcuerdoGeneralTerminacionConflicto.pdf>> (20.7.2015).
- HRW (Human Rights Watch) (2015): “El rol de los altos mandos en los falsos positivos”. <https://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/colombia0615sp_4up.pdf> (29.7.2015).
- IDMC (Internal Displacement Monitoring Center) (2015): “Global Figures”. <<http://www.internal-displacement.org/global-figures>> (20.7.2015).

